

Streitzeit



■ Bürgergeld

Gerade geistert im Zuge der Koalitionsverhandlungen das „Bürgergeld“ durch die politische Landschaft, die FDP will Hartz IV durch eben dieses Bürgergeld ersetzen. Die Diskussion ist nicht neu und hat viele Facetten. Das bekannteste Modell ist vom dm-Markt Gründer Götz W. Werner mit seiner Idee eines „bedingungslosen Grundeinkommens“.

Dabei haben die Modelle auf den ersten Blick etwas Bestehendes: „Das Bürgergeld ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben, fördert die Aufnahme einer eigenen Tätigkeit und ist deshalb leistungsgerecht... Das Bürgergeld sichert die Lebensgrundlage für Bürger, die nicht über ein ausreichendes Einkommen verfügen.“ (aus dem Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl 2009).

Der zweite Blick

Die FDP fordert nun konkret, ALG II zugunsten eines Bürgergeldes abzuschaffen. Die Höhe dieses Bürgergeldes soll im Durchschnitt 662 Euro im Monat für einen Alleinstehenden betragen. Allerdings entfällt damit auch die bisherige Übernahme der Mietkosten, sie müssten aus dem Bürgergeld bezahlt werden. Wäre dies schon eine erste, massive Kürzung der Leistung, geht die FDP weit darüber hinaus.

In der Krankenversicherung soll

es nur noch eine Grundversorgung geben, die in der Pauschale von 662 € enthalten ist; alles Weitere muss privat (wovon denn eigentlich?) finanziert werden.

Einstieg zum Umbau

Die FDP setzt bewusst das Bürgergeld gegen Mindestlöhne. Sie akzeptiert (und fördert) damit eine weitere Abwärtsspirale der Löhne, denn sie verbindet das Bürgergeld mit einer „Öffnung der Tarife nach unten“ Gleichzeitig fordert die FDP die Abschaffung der Bundesagentur für Arbeit und will eine Steuerreform, die vor allem die höheren Einkommen entlastet.

In einer Positionierung von 2005, die die Grundlage der FDP-Überlegungen ist, reden die Liberalen Klartext; sie wollen

- die Flexibilisierung des Tarifrechts
- Abschaffung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen
- Reform des Kündigungsschutzes
- Betriebliche Bündnisse
- Abkoppelung der Pflege- und Krankenversicherung vom Lohn und einen
- Privaten Krankenversicherungsschutz

„Das Bürgergeld“, so die FDP, „muss Teil eines Neustarts für mehr Wachstum und Beschäfti-

gung sein.“

Unterstützer

Die Unterstützer eines wie auch immer gearteten Bürgergeldes sind vielfältig, die Motive auch. Fakt aber bleibt, dass es eine offene Allianz von vielen neoliberalen Verfechtern beim Bürgergeld gibt. Den Grund dafür formuliert Thomas Straubhaar, Berater der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, und blickt begleitend zum Bürgergeld in die Zukunft: „ Es gibt keinen Schutz gegen Kündigungen mehr, dafür aber betrieblich zu vereinbarende Abfindungsregelungen. Es gibt keinen Flächentarifvertrag mehr und auch keine Mindestlöhne, sondern von Betrieb zu Betrieb frei verhandelbare Löhne. Die heute zu leistenden Abgaben an die Sozialversicherungen entfallen.“

Das Bürgergeld ist also kein kleines Paradies auf Erden, sondern wäre in Wirklichkeit ein Paradies für Unternehmen, in dem Arbeitnehmer nichts mehr zu sagen und Gewerkschaften ins Abseits gedrängt würden. Dies müssen alle wissen, die mit einem Bürgergeld oder einem bedingungslosen Grundeinkommen sympathisieren.

■ Entzaubert

Bei der Forderung nach Ersatz von Hartz IV durch ein Bürgergeld wird geschickt gearbeitet: Verbunden werden Kritik an Bürokratie der Hartz-Gesetze mit der Kritik an rigider Einzelfallprüfung. Und gesellschaftlich gibt es durchaus ganz verschiedene Strömungen die den Menschen den Zwang der Erwerbsarbeit ersparen wollen. Diese Utopie ist nichts Neues, sie geht auf Thomas Morus im 16. Jahrhundert zurück. Allerdings konnte diese Utopie seither noch nie realisiert werden!

Nun kommt der Traum Vieler im neoliberalen Gewand daher: Kürzung aller Sozialleistungen, Entlastung der Unternehmen, Abbau von Arbeitnehmerrechten. Denn wer braucht die schon noch, wenn doch alle ein bedingungsloses Grundeinkommen beziehen?

Die Katze ist aus dem Sack. Das Bürgergeld ist nichts anderes als ein frontaler Angriff auf den Sozialstaat. Dem müssen wir entgegentreten. Und dabei müssen die Begriffe der Neoliberalen entkleidet und die wahren Verhältnisse und Absichten verdeutlicht werden.